

**KOMMENTAR**  
**ZUM REFERAT „NORM, NORMALITÄT, NORMALISIERUNG: QUELLEN UND ZIELE EINES GESELLSCHAFTSPOLITISCHEN PARADIGMENWECHSELS IM SOWJETISCHEN BLOCK UM 1970“\***

**Christoph Boyer**

Ich kann mich nicht gleichermaßen ausführlich zu der Vielzahl diskussionswürdiger Aspekte des reichhaltig faktenunterfütterten, ungemein kundig und präzise argumentierenden, vor allem aber konzeptionell innovativen Referats von Peter Hübner äußern.<sup>1</sup> Ich gruppieren meine Überlegungen in vier Punkte: 1. „Normalisierungsforschung“: grundsätzliche Bemerkungen. 2. Zu Theorie und Methode. 3. Normalisierungsregime als historischer Typus. 4. Reichweite des Konzepts. Oder: was machen wir mit Polen?

1. Grundsätzliches: mit dem Phänomen „Normalisierung“ stößt die Forschung auf etwas wesentlich Neues. Normalisierungsregime verlassen zwar nicht den Boden der Systeme sowjetischen Typs; insbesondere brechen sie nicht den für diese Systeme konstitutiven Primat der Politik – im Gegenteil. Sie bereichern aber den Formen- und Variantenreichtum des Staatssozialismus durch eine politisch-ökonomisch-soziale Konfiguration eigener Art: eine neue Politik- und Gesellschaftsstrategie in Kombination mit einem innovativen Gesellschaftsvertrag.

Normalisierungsforschung impliziert einen Perspektivenwechsel: die großen Interpretationen des Staatssozialismus waren bisher oft Etikettierungen oder statische Wesenszuschreibungen: „moderne Diktatur“, „totalitäre Diktatur“, „Fürsorgediktatur“. Diese Interpretamente werden hier durch eine historisch-genetische Sicht ersetzt: „Normalisierung“ ist Ausdruck der Fähigkeit von Systemen sowjetischen Typs, sich, wenn auch innerhalb enger – vom Primat der Politik markierter – Grenzen durch innovative Steuerungsarrangements für gewisse Zeitspannen zu stabilisieren. Es geht um Überlebenssicherung durch Wandel, durch dynamische Stabilität. Zentraler heuristischer Begriff im Hintergrund ist der Entwicklungspfad.

2. Begriffe, Methoden:

a) Begriffe: Sollen wir „Normalisierung“ als Paradigmenwechsel bezeichnen? Ich bin skeptisch. Der Paradigmenbegriff ist im Laufe der jahrzehntelangen Dis-

---

\* Der Rededuktus wurde in der vorliegenden schriftlichen Fassung des Beitrags beibehalten. Die folgenden Überlegungen stützen sich zum Teil auf: Christoph Boyer, Stabilisierung durch Wandel. Institutionenevolution im Staatssozialismus, in: Gerd Bender/Rainer Maria Kiesow/Dieter Simon (Hg.), Das Europa der Diktaturen: Steuerung – Wirtschaft – Recht, Baden-Baden 2002, S. 119-139 sowie auf: Ders., DDR, Tschechoslowakei, Polen, Ungarn: sozialistische Entwicklungspfade im Vergleich (unveröffentlichtes Ms.).

kussion im Anschluß an Thomas Kuhn eher weniger scharf geworden; wir sollten nicht zur weiteren Inflationierung beitragen.

Wird der Begriff aber weiterverwendet, so schlage ich vor, ihn für die „Groß-Formationen“ à la „Staatssozialismus sowjetischen Typs“ zu reservieren. „Paradigma“ wäre etwa auch die keynesianisch überformte Marktwirtschaft in Kombination mit Demokratie und Rechtsstaat. Ich rege an, Transformationen solcher „Gesellschaftsmodelle“ (Volker Borschier) in andere als Paradigmenwechsel zu bezeichnen. Systemtransformationen sind von kleiner kalibrierten – systeminternen – Umbauten zu unterscheiden; zu diesen rechne ich „Normalisierungen“.

b) Strategien: Peter Hübner bedient sich zur Erklärung institutionellen Wandels in staatssozialistischen Systemen mehrerer Klassen von Ursachen: zum ersten sind dies Programme und Policies. Zum zweiten generationelle und Milieudispositionen, habituelle Prägungen und Wertesysteme: der „personelle Unterbau“ der Programme. Zum dritten Machtinteressen von Bürokratien und Einzelpersonen. Zum vierten systemische Phänomene: Krisen und Entwicklungspotentiale. Hierzu zwei Überlegungen:

- Alle genannten Zugänge sind plausibel und heuristisch sinnvoll; ich würde manches anders gewichten. Die Machtinteressen von Bürokratien werden meines Erachtens unter-, der generationelle Gesichtspunkt wird womöglich überschätzt. In den herangezogenen Beispiels-Staaten kongruiert unterhalb der Führungsebene „Normalisierung“ nicht mit einem umfassenderen, generationell bedingten Kaderaustausch. Die in der ČSSR begegnenden Personalwechsel sind säuberungsbedingt, nicht durch Generationentransition verursacht.

- Bei den „vier Zugängen“ handelt es sich sowohl um solche aus der handlungstheoretischen (Akteure und deren Interessen) wie auch aus der systemtheoretischen Perspektive (Strukturen, „Entwicklungsbedürfnisse“, -eigenheiten und -potentiale von Systemen). Ich halte die Kombination beider Sichtweisen für forschungsstrategisch klug und rege an, sie in ein umfassenderes, „System“ und „Handlung“ vermittelndes Erklärungsmodell zu integrieren. Ich meine damit folgendes:

„Normalisierungsprozesse“ sind Elemente der Systemevolution. Evolutionsprozesse sind dadurch charakterisiert, daß an Gabelungspunkten für ein Problem in der Regel mehrere überlebenssichernde und systemkompatible Lösungen („Mutationen“) existieren. Die Auswahl im Set prinzipiell verfügbarer Lösungen ist nicht systemisch vorgegeben. Sie muß durch zusätzliche Determinanten gesteuert werden. Hier kommen dann die Akteure – Personen, Interessengruppen – ins Spiel. Auf diese Weise also wird die systemtheoretische Perspektive, die auf ex post erkennbare, scheinbar durch die „invisible hand“ bewirkte Anpassungsvorgänge fokussiert, handlungstheoretisch „aufgefüllt“: Entscheidungen werden so und nicht anders getroffen, weil sie am besten den „machtbewehrten“ Belangen bestimmter Personen und Gruppen entsprechen und in deren Denkhorizont naheliegend erscheinen. Konkreter: Normalisierungsstrategien „obsiegen“ (etwa gegenüber einer Strategie der Stabilisierung durch die Macht der Bajonette), weil

sie besser als andere sowohl zu den materiellen Interessen der Bevölkerung wie auch zu den Machtinteressen der Nomenklatura „passen“.

3. Peter Hübners Referat stellt die *Genese* von Normalisierungsprozessen in den frühen siebziger Jahren in den Vordergrund. Ich möchte diese Perspektive durch *typologische* Überlegungen ergänzen; sie heben ab auf Normalisierungsstrukturen, folglich auf den gesamten Zeitraum vom Beginn der siebziger bis zum Ende der achtziger Jahre.

Fluchtpunkt meiner Überlegungen sind die notwendigen und hinreichenden Definitionsmerkmale einer idealtypischen makroinstitutionellen Konfiguration „Normalisierung“. Die Definition beansprucht nicht, das „wahre Wesen“ der Sache abzubilden; ein solches essentialistisches Unterfangen wäre im Grundsatz verfehlt. Der vorgeschlagene Begriff möchte eine nützliche Konvention sein – nützlich, insofern er nicht nur klassifiziert und etikettiert, sondern sich zu einem Analyserahmen entfalten läßt, der Zusammenhänge erklärt. Die Leistungskraft der Konstruktion ist am historischen Material zu erproben.

Ich schlage eine Definition vor, die vier Elemente, zwei inhärente Strukturprobleme und eine typische Verlaufsform beinhaltet:

a) Vier Elemente: zum einen Rezentralisierung von Politik und Wirtschaft: „Normalisierung“ folgt immer auf dezentralisierende Reformen; „Normalisierung“ ist „Restauration“. Zum zweiten Machtsicherung durch Intensivierung von Sozial- und Konsumpolitik. Markant sind die Unterschiede zur Reformära: dort zielte Sozialpolitik auf die Abfederung von sozialer Redifferenzierung und ökonomischer Flexibilisierung. Für die Sozial- und Konsumpolitik der „Normalisierung“ ist die Präponderanz einer von real existierenden Verteilungsspielräumen abgekoppelten Garantie „sozialer Sicherheit“ und „stabiler Versorgung“ charakteristisch. Hatte der Reformgeist der sechziger Jahre soziale Ungleichheit als Stimulans ex ante mindestens billigend in Kauf genommen, so ist nun, unter der Parole der „formalen Gleichheit“, wieder die Egalisierung von Gesellschaft angesagt. Zum dritten flächendeckende, relativ geräuschlose „weiche“ politisch-soziale Kontrollmechanismen (das Stasi- bzw. Státní bezpečnost-Syndrom). Zum vierten die „Heruntertransformierung“ utopischer Ideologie: Normalisierungssozialismus realisiert sich hier und jetzt.

b) Zwei Probleme: „Normalisierung“ funktioniert als loyalitätsproduzierender Kontrollmechanismus über gewisse Zeitspannen – allerdings mit den folgenden Schwierigkeiten:

- Die Überlastung der restaurierten zentraladministrativen Planwirtschaft durch Lebensstandardpolitik. Die Probleme der Ressourcenaufbringung werden durch kontingente Umstände wie die Ost-West-Konkurrenz und die Preisentwicklung auf den internationalen Rohstoffmärkten verschärft. Ich betone aber – womöglich stärker als Peter Hübner – die *systemische* Diskrepanz, den *strukturellen* Widerspruch zwischen Rezentralisierung und Konsumpolitik.

- Überlastung hat strukturelle Neigung zum Ressourcenimport und hohe systematische Wahrscheinlichkeit von Außenverschuldung zur Folge. Die DDR ist die Probe auf dieses Exempel. Die Tschechoslowakei vermeidet die Schuldenfalle durch engere Bindung an die Sowjetunion; sie zahlt hierfür den Preis technologischer Rückständigkeit. Der in den siebziger und achtziger Jahren in beiden Systemen reetablierte Primat hierarchischer Steuerung mündet also in Penetration von außen und den Verlust von Freiheitsgraden. Folge des Rückfalls in Machtsteuerung ist die Schwächung der Macht: das „Normalisierungs-Paradox“.

c) eine Verlaufsform: nach einer durch Wachstumserfolge und rege sozialgesetzgeberische Aktivitäten markierten Instituierungsphase mündet „Normalisierung“ in Erstarrung der Strukturen, „non-decision“ und die Erschöpfung der – durch den Primat der Politik ohnehin eng begrenzten – Entwicklungspotentiale. Charakteristisch sind nun institutionelle Ultrastabilität bei schleichender Erosion unter der Oberfläche und zunehmender Auszehrung materieller und symbolischer Ressourcen – eine Konfiguration, die nicht zwangsläufig, jedoch mit hoher Plausibilität auf den dann vergleichsweise abrupten Zusammenbruch zusteuert.

„Normalisierung“ war – hier stimme ich Peter Hübner zu – nicht allein durch wirtschaftliche Ungleichgewichte und Krisen erzwungen. Skeptisch bin ich gegenüber der Einstufung als neue, produktive Phase relativer Offenheit: „Normalisierung“ resultiert nicht aus wirtschaftlichen, wohl aber aus politischen Zwangslagen; sie wird von der Logik der Machtsicherung in politikdominierten Systemen erheischt. Diese ist wesentlich restaurativ. Zeitlich folgt sie auf Dezentralisierung und Liberalisierung. In systemischer Perspektive ist sie womöglich nicht ultima ratio, sie bedeutet aber doch eine signifikante Verengung der Freiheitsgrade. Nach Erschöpfung der mageren Entwicklungspotenzen befinden sich Normalisierungsregime nicht von ungefähr bereits nach wenigen Jahren auch subjektiv in der Strukturfalle, in der sie objektiv von Anfang an sitzen.

4. Reichweite des Konzepts. Oder: was machen wir mit Polen?

„Normalisierung“ ist eine Etappe auf längeren Pfaden: sie ist Phase in „Lebensläufen“ staatssozialistischer Systeme. In die Trajektorien von DDR und ČSSR ist sie jeweils als finale Phase eingebunden. Polen im Übergang von den sechziger zu den siebziger Jahren hingegen unterliegt meines Erachtens nicht oder nur sehr bedingt einer „Normalisierung“. Hierzu zwei Überlegungen:

a) Die Ähnlichkeiten zwischen Polen einerseits, DDR und ČSSR andererseits reichen nicht sehr weit. Zwar setzt auch Giereks Strategie der Machtsicherung auf Konsum. Aber: eine politische Restauration ostdeutschen oder tschechoslowakischen Kalibers findet in den siebziger Jahren nicht statt. Die von Gierek 1970 „zum Estand“ liberalisierte Ökonomie wird bald rereguliert; auch hier bleibt man aber weit hinter DDR und ČSSR zurück. Fazit: es fehlt die charakteristische Normalisierungskonfiguration von Rezentralisierung und Konsum.

b) Der Pfadtypus DDR und ČSSR mündet nach „Aufbau“ und Reformperiode in „Normalisierung“: charakteristisch ist finale Ultrastabilität der Strukturen, gefolgt von einem relativ abrupten Zusammenbruch. Polen hingegen gehört zum Pfadtypus „Erosion“. Ich meine damit folgendes:

In den drei Reformanläufen von 1956, 1970 und zu Beginn der achtziger Jahre werden unter dem Eindruck stichflammenartiger Arbeiteraufstände kurzfristig Konzessionen gewährt; diese werden im Zuge der Restauration der Apparate jeweils revidiert. Hieraus ergibt sich eine zyklische Gesamtbewegung. Zyklizität impliziert jedoch nicht Rückkehr zum Status quo ante: von einem Durchgang zum nächsten führt die Systemdrift weiter vom klassisch-sowjetischen Ausgangspunkt fort. In den achtziger Jahren wächst in Gestalt der Solidarność und in Frontstellung zur Parteimacht die Zivil-Gegengesellschaft heran. Kennzeichnend für die Endphase sind die offene, tiefe – und sich vertiefende – Kluft zwischen „oben“ und „unten“ und hohe Konfliktintensität. Regulierung wird also partiell zurückgenommen. Es wachsen „befreite Zonen“ – entweder werden sie erkämpft oder sie entstehen dort, wo das Regime Terrain aufgibt. Anders als in den Normalisierungsregimen DDR und ČSSR okkupieren bereits Keime – und mehr – von Zivilgesellschaft und Marktwirtschaft den öffentlichen Raum.